

SPD bestätigt Carola Reimann als Vorsitzende

Auf dem Parteitag der SPD-Braunschweig am 14. März in der Aula der Integrierten Gesamtschule Franzshes Feld ist die Braunschweiger Bundestagsabgeordnete Dr. Carola Reimann von den Delegierten mit 78 von 84 Stimmen Mehrheit als Unterbezirksvorsitzende bestätigt worden. Neben der Wahl eines neuen Vorstandes und weiterer Gremien berieten die 85 Delegierten unter anderem über Initiativen gegen Kinderarmut sowie Struktur-reformen der Partei. Außerdem sprach sich der Parteitag gegen die Einführung des „Turboab- titurs“ an integrierten Gesamtschulen aus.

Ein erster Höhepunkt des Parteitages war zunächst die Rede des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Peter Struck. Er berichtete über das aktuelle politische Geschehen in Berlin. Struck kritisierte unter anderem die Führungsschwäche der Kanzlerin, die sich bei verschiedenen Vorhaben der Regierung von der bayrischen CSU vorführen lasse und konzeptlos agiere.

Der Parteitag forderte anschließend die Landesregierung auf, die geplante Verkürzung der Schulzeit an Gesamtschulen zu unterlassen, den Elternwillen zu achten und diesen Schulen keine Steine in den Weg zu legen. In diesem Zusammenhang forderten die Delegierten außerdem eine fünfte IGS für Braunschweig.



Die SPD hat sich für die nächsten zwei Jahre viel vorgenommen. In den Vorstand wurden gewählt (von links): Frank Graffstedt, Marion Evers-Ohlms, Christoph Bratmann, Kate Grigat, Christos Pantazis, Dietmar Schilff, Kirsten Kemper, Carola Reimann, Matthias Stoffregen, Jutta Heinemann, Kai Florysiak, Jörg Hitzmann. Auf dem Foto fehlt Manfred Pesditschek, der als stellv. Vorsitzender bestätigt wurde.

Im Fokus des Parteitages stand zudem das Thema Kinderarmut. Die SPD will sich einsetzen für

- ▶ den Ausbau der kostenlosen Ganztagsbetreuung
- ▶ Beitragsfreiheit der Kindertagesstätten mit kostenfreiem Mittagessen und

▶ die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit.

Außerdem will die SPD – zum Beispiel mit Kirchen und Sozialverbänden – ein kommunales Handlungskonzept gegen Kinderarmut in Braunschweig erarbeiten.

Wirtschaftskrise gestern und heute

■ Am Freitag, dem 25.10.1929, leitete ein Kurssturz an der New Yorker Aktienbörse eine Wirtschaftskrise ein, die weltweit zum Zusammenbruch der Wirtschaft, zum Verlust von Ersparnissen und zur Massenarbeitslosigkeit führte. Es dauerte bis Mitte der dreißiger Jahre, bis sich die Weltwirtschaft von diesem Rückschlag einigermaßen erholt hatte.

Nach heutiger Erkenntnis wurde aus dem Börsencrash eine umfassende Wirtschaftskrise, weil alle Staaten falsch reagierten: Statt die Wirtschaft zu stützen, führten sie Sparmaßnahmen durch und verschlimmerten so die Krise noch.

In der heutigen Krise reagierte die Bundesregierung mit ihrem Konjunkturpaket dagegen richtig. Das zeigt sich am Erfolg der Verschrottungsprämie: Während zum Jahres-

wechsel bei VW noch Kurzarbeit eingelegt wurde, werden inzwischen Sonderschichten gefahren. Dass viele Altfahrzeuge von unseren Straßen verschwinden und durch sparsamere und umweltfreundlichere Modelle ersetzt werden, ist ein zusätzlicher Pluspunkt der Maßnahme.

Als ob die Bankenkrise nicht gezeigt hätte, welche Schäden der ungezügelter Liberalismus anrichten kann, vertreten Politiker vom Wirtschaftsflügel der CDU und von der FDP unbeirrt den Standpunkt, dass sich der Staat aus der Wirtschaft heraushalten sollte.

Die SPD in der Großen Koalition sieht das anders! Wenn sich alle wirtschaftlich hoch entwickelten Staaten einbringen, ist zu hoffen, dass sich die Welt von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise bald erholt.

■ **Gesine Schwan spricht zum Thema:**



**Wirtschafts- und Finanz-
krise = Vertrauenskrise?**

- Donnerstag, 16. April, 19.30 Uhr
- Haus der Wissenschaft, Pockelsstraße 11

Sie sind herzlich eingeladen!

CDU und FDP missbrauchen Konjunkturmittel der Kommunen

Die Landesregierung leitet nur einen Bruchteil der Mittel an die Kommunen weiter und die Stadt Braunschweig will das Rathaus zum Teil abreißen statt Schulen zu sanieren.

■ An den städtischen Gebäuden, vor allem Schulen und Kindergärten, besteht ein hoher Sanierungsstau. Die Hochbauverwaltung der Stadt schätzt den Finanzbedarf auf über 200 Millionen Euro. Vor allem geht es um defekte Fenster, veraltete Heizungsanlagen, unzumutbare Toilettenanlagen, undichte Dächer und schlechte Wärmeisolierung. Neben schlechten Lernbedingungen für Schülerinnen und Schüler werden so jedes Jahr vermeidbare Energiekosten in Millionenhöhe verursacht.

Da schien ein Lichtblick zu kommen, in Form des Konjunkturpaketes II der Bundesregierung. Gemeinsam mit den Bundesländern sollten 14 Milliarden Euro zur Stützung der Konjunktur ausgegeben werden. Das Geld sollte vor allem den Kommunen zugutekommen und dort hauptsächlich zur energetischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden ausgegeben werden. Bedingung: Es muss sich um zusätzliche Maßnahmen handeln, und

das Geld muss bis Ende 2010 ausgegeben werden.

Erste Berechnungen ergaben, dass Braunschweig fast 50 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket bekommen würde. Doch die Landesregierung gibt stattdessen nicht einmal ein Drittel des ursprünglich erhofften Betrages, nämlich nur 13,2 Millionen Euro an Braunschweig weiter.

Umso wichtiger wäre es gewesen, dieses Geld tatsächlich in die Schulsanierung zu stecken. Aber weit gefehlt: stattdessen wird jetzt der Rathausanbau zu einem großen Teil abgerissen. Dieses alte Projekt zur Verschönerung des Bohlwegs war bisher aus Kostengründen auf Eis gelegt. Denn die Büroräume werden gebraucht, und deshalb entstehen zusätzlich zu den Abrisskosten erhebliche Kosten für einen Neubau oder Anmietung von Räumen, die dann noch für teures Geld nach den Bedürfnissen der Verwaltung umgebaut und

eingerrichtet werden müssen.

Doch mit dem Konjunkturprogramm kam die Neuauflage dieser Idee. Dieses Mal will sich die CDU-FDP-Mehrheit nicht bremsen lassen. Sie ist sogar bereit, Hunderttausende Euro für die Geschäfte im Erdgeschoss herauszurücken, die während der Arbeiten teils schließen, teils mit erheblichem Umsatzrückgang rechnen müssen – eine Maßnahme, die in vergleichbaren Fällen in der Vergangenheit stets strikt abgelehnt wurde.

„Es ist nicht zu fassen! Erst gibt die Landesregierung nur einen Bruchteil der Mittel weiter, und dann werden diese wenigen Gelder von der Braunschweiger CDU und FDP auch noch zweckentfremdet. Diese Entscheidung ist gegen alle Schulen, Schüler und Schülerinnen in Braunschweig gerichtet“, ärgert sich Manfred Pesditschek, der Fraktionsvorsitzende der SPD im Rat der Stadt.

Lichterkette als Protest für sichere Atommüll-Endlager



Foto: www.lichterkette09.de

■ Es war ein eindrucksvolles Bild: Fast 15 000 Menschen beteiligten sich an der Lichterkette, mit der Bürgerinnen und Bürger unserer Region gegen die Atommüll-Endlager in der Asse und Schacht Konrad protestierten. Als Zeichen tiefer Betroffenheit wertet das Dr. Carola Reimann, Bundestagsabgeordnete und SPD-Unterbezirksvorsitzende.

„Viele Jahre haben die Anhänger der Atomkraft immer wieder behauptet, wie sicher und ungefährlich das so genannte Versuchsendlager Asse sei. Jetzt wird deutlich, wie leichtfertig hier in der gesamten Zeit mit den Gefahren des atomaren Abfalls und den Sorgen und Befürchtungen der Menschen umgegangen wurde. Die große Beteiligung trotz widriger Wetterverhältnisse zeigt das Maß der Betroffenheit. Wir müssen diese Sorgen ernst nehmen und für die Probleme eine Lösung finden“, erklärt

die Politikerin.

Dieses Bewusstsein scheint aber noch längst nicht bei allen Politikern der Region angekommen zu sein. Bekanntlich setzen sich CDU und FDP für eine längere Restlaufzeit der Atomkraftwerke ein. Nach Auffassung aller anderen Parteien ist das zumindest so lange unverantwortlich, wie es keine Lösung für die sichere Endlagerung des atomaren Abfalls gibt.

Die Lokalpolitiker von CDU und FDP im Rat der Stadt sehen darin offensichtlich kein Problem. Jedenfalls verhinderten beide Parteien in der letzten Ratssitzung die Abstimmung über eine Resolution, in der die Lichterkette unterstützt und dazu aufgerufen werden sollte, sich daran zu beteiligen.

Das sieht sogar die CDU in Wolfenbüttel anders: Sie gehörte zum großen Unterstützerkreis der Lichterkette.

Übrigens...

...in einer Demokratie kann man nicht auf Dauer Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung machen, denn...

...die nächste Wahl kommt bestimmt!

Bürgersprechstunden der SPD-Abgeordneten

- Anmeldung wird erbeten unter Telefon 05 31 / 4 80 98 21. Die Termine sind :
- ▶ **Dr. Carola Reimann, MdB:**
– Mittwoch, 15. April, von 9 - 17 Uhr
- ▶ **Klaus-Peter Bachmann, MdL:**
– Mittwoch, 29. April, ab 14.30 Uhr
– Donnerstag, 04. Juni, ab 14.30 Uhr
– Donnerstag, 25. Juni, ab 14.30 Uhr

Die Abgeordneten im Internet:

www.carola-reimann.de

www.klaus-peter-bachmann.de

Impressum

Braunschweiger Volksfreund

Herausgeber: SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schlossstraße 8, 38100 Braunschweig

Internet: www.spd-braunschweig.de

Redaktion: Detlef Kühn (ViSdP), Alexander Gräbner, Sigrid Herrmann, Matthias Stoffregen

Druck: bs-druck, Braunschweig

Erscheinungsweise: vierteljährlich, Auflage: 39 000 Exemplare

Bankverbindung/Spendenkonto des SPD-Unterbezirks: SEB, Konto 1006001200, BLZ 270 101 11

SPD

Aufzüge für den Hauptbahnhof

■ Ein behindertengerechter Umbau der Bahnsteigzugänge auf dem Braunschweiger Hauptbahnhof rückt endlich näher. Der Braunschweiger SPD-Landtagsabgeordnete Klaus-Peter Bachmann und seine frühere Kollegin Isolde Saalman haben sich seit rund einem Jahrzehnt für den Umbau eingesetzt.

Auch die Braunschweiger Bundestagsabgeordnete Dr. Carola Reimann führte seit Jahren immer wieder Gespräche mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und zuletzt mit dem Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn AG für Niedersachsen. „Zuletzt habe ich

mich Anfang Februar wegen des Einbaus der Aufzüge im Rahmen des Konjunkturpaketes I in einem Schreiben an das Bundesverkehrsministerium gewandt.“

Die jetzt endlich positiven Reaktionen stimmen Reimann und Bachmann zuversichtlich, dass der Bau der Aufzüge über das Konjunkturpaket finanziert und noch dieses Jahr in Angriff genommen wird.

Übrigens...

... die Braunschweiger CDU hat das Thema „Aufzüge für den Hauptbahnhof“ erst kürzlich für sich entdeckt, seit sich eine erfolgreiche Lösung abzeichnet.



Kein Geld für Bildung in Niedersachsen

Landesregierung verprellt Lehrkräfte und gefährdet die Leistungsfähigkeit der Schulen

■ Vollmundig hatte die neue Kultusministerin Heister-Neumann eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung an den Schulen versprochen. Die Realität sieht anders aus: Landauf, landab muss Unterricht ausfallen, weil Lehrkräfte fehlen. Besonders dramatisch ist die Situation in den Schlüsselfächern Mathematik und Naturwissenschaften.

Das hat schließlich auch Ministerpräsident Wulff aufgeschreckt, und so erklärte er die Unterrichtsversorgung zur Chefsache: Das Kabinett erarbeitete ein Maßnahmenpaket, mit dem der Mangel behoben werden soll. Heraus kam eine Mogelpackung, denn dieses Paket darf nichts kosten.

► Nach vorsichtigen Schätzungen werden im neuen Schuljahr mehr als 2000 Lehrkräfte

fehlen. Aber nur für 250 neue Lehrer werden Mittel bereitgestellt.

► die in zwei Jahren freiwerdenden Lehrerstunden durch Entfall des 13. Jahres an Gymnasien sollen nicht für kleinere Klassen oder mehr Ganztagsunterricht eingesetzt, sondern möglichst eingespart werden.

Bis dahin soll mit Notmaßnahmen gearbeitet werden, die es in sich haben:

► Die Anrechnungsstunden für die Beratungslehrkräfte werden erneut gekürzt, statt das Beratungsangebot zu verbreitern, wie es dringend erforderlich wäre.

► Außerdem sollen auch die Anrechnungsstunden für besondere Belastungen gekürzt werden. Hier spart der Staat wieder zu Lasten seiner Mitarbeiter.

Die größte Empörung ruft der Vorschlag hervor, die Teilzeitarbeit einzuschränken. Viele Lehrkräfte, vor allem Frauen, die eine Familie versorgen, arbeiten mit weniger als der vollen Stundenzahl mit entsprechend geringerem Einkommen. Diese Möglichkeit soll der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf dienen – sie jetzt einzuschränken, ist familienfeindlich und schadet dem Ziel, qualifizierten Lehrernachwuchs zu finden.

„Wie bei vielen Entscheidungen dieser Landesregierung machen auch diese Vorhaben eher den Eindruck, zu später Stunde am Stammtisch entstanden zu sein statt nach gründlicher Vorbereitung in einem verantwortlichen Kabinett“, empört sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Manfred Pesditschek.

Angriff auf die Gesamtschule

Landesregierung will Gesamtschulen am liebsten abschaffen

■ Nach der Landtagswahl wurde die gescheiterte Justizministerin Heister-Neumann Kultusministerin des Landes. Die Optimisten glaubten, jetzt würde es aufwärts gehen mit der Bildungspolitik in diesem Land, und die Pessimisten meinten, es könne jedenfalls nicht schlimmer werden. Inzwischen zeigt sich deutlich: Beide Gruppen hatten unrecht ...

Beispiel Hauptschule

Landesweit laufen dieser Schulform die Schülerinnen und Schüler weg. Deswegen wäre es an der Zeit, die Gesamtschule als Alternative zu entwickeln oder wenigstens Regionalschulen zu ermöglichen, in denen Haupt- und Realschule vereinigt sind. Doch nichts dergleichen: Statt

Schulen anzubieten, die von Schülern und Eltern auch gewollt werden, versucht die Landesregierung, die Kinder wieder in das dreigeteilte Schulsystem hineinzuzwingen.

Angriff auf die Integrierte Gesamtschule

Am liebsten würde die Landesregierung die Integrierte Gesamtschule aus Prinzip wieder abschaffen. Doch weil man sich das nicht traut, will man sie so verändern, dass sie keine Gesamtschule mehr ist. Der Trick ist dabei: Man will die IGS-Schüler dazu zwingen, das Abitur – wie an den Gymnasien jetzt schon der Fall – nach 12 Jahren abzulegen. Das hört sich auf den ersten Blick harmlos an. Doch in Wirklichkeit ist es das

Ende der IGS als gemeinsame Schule für alle.

Woran liegt das? Die gymnasiale Oberstufe umfasst drei Schuljahre, auch an der Gesamtschule. Das bedeutet, dass die Mittelstufe bereits nach der neunten Klasse beendet sein muss, wenn man das Abitur anstrebt. Für Haupt- und Realschüler ist aber der erweiterte Sekundar-I-Abschluss erforderlich, um die Oberstufe zu besuchen, und den erreicht man nach der zehnten Klasse. Daher können Schülerinnen und Schüler, die das Abitur anstreben, nicht gemeinsam mit ihren Mitschülern unterrichtet werden, die den Haupt- oder Realschulabschluss anstreben; die Gesamtschule gäbe es nur noch dem Namen nach.

Matthias Wehrmeyer: Unser Kandidat für Europa

„Europa muss sozialer werden!“

■ Matthias Wehrmeyer, der SPD-Kandidat für das Europaparlament, wurde 1956 geboren, studierte in Göttingen Volkswirtschaft und Rechtswissenschaften. Heute lebt er in Peine, ist dort Ratsherr und arbeitet als Leiter der Landesversorgungsverwaltung. Im Gespräch beantwortete es einige Fragen zum Thema Europa.

Volksfreund: Herr Wehrmeyer, welche Vorteile hat die Europäische Union den Bürgerinnen und Bürgern bisher gebracht?

Wehrmeyer: Seit jetzt über 60 Jahren gab es in Deutschland keinen Krieg mehr und in einem vereinten Europa wird es solche Tragödien nie wieder geben. Wir leben in Frieden mit unseren Nachbarländern und können die Grenzen überqueren, ohne von Kontrollen aufgehalten zu werden. Das ist heute so selbstverständlich geworden, dass wir es oft kaum noch wahrnehmen.

Mit welchen aktuellen Problemen sieht sich Europa konfrontiert?

Die Finanzkrise bereitet natürlich vielen Menschen Sorgen. Sie haben Angst um ihre Ersparnisse, ihre Altersversorgung. Dieses Wirtschaftsdesaster macht allen deutlich, dass das Vertrauen von CDU/CSU und FDP in die freien Kräfte des Marktes ein Fehler ist und den erarbeiteten Wohlstand der Menschen gefährdet. Die unregulierte Wirtschaft, wie sie die konservativen Parteien immer befürwortet haben, hat die Finanzkrise erst möglich gemacht.

Was kann man gegen diese Probleme tun?

Die Europäische Union, die bisher in erster Linie eine Wirtschaftsunion war, muss um eine soziale Komponente ergänzt werden. Es darf nicht vergessen werden, dass es in der Vergangenheit die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie waren, die in häufig hef-



SPD-Kandidat für Europa:
Matthias Wehrmeyer

tigen Auseinandersetzungen für soziale und gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle Menschen gekämpft haben. Ohne sie wäre die soziale Marktwirtschaft nur eine leere Formel geblieben. Wir brauchen auch Mitbestimmung und europäische Betriebsräte, um auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern zu kommen, da die Konzerne längst europaweit arbeiten.

Warum sollten Bürgerinnen und Bürger zur Europawahl gehen und ihre Stimmen für Sie und die SPD abgeben?

Europa muss sozialer ausgerichtet werden. Die SPD will ihre Ziele politisch auf Dauer durchsetzen und verankern! Ich will mich für den Erhalt des VW-Gesetzes auf europäischer Ebene einsetzen. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre die Ablösung der konservativen Mehrheit im Europaparlament.

Europa für die Menschen

■ „Wir müssen die Europäische Union fit machen für die Menschen“, fordert Matthias Wehrmeyer. Mit dem Thema Europa ist er vertraut, denn er hat bereits in den neunziger Jahren das Europareferat im niedersächsischen Innenministerium aufgebaut.

„Europapolitik ist auch Innenpolitik“, sagt Wehrmeyer und nennt als Beispiel die innere Sicherheit. Sie sei heute durch die offenen Grenzen zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) ein gemeinsames, europäisches Thema. Wenn wir heute ohne Grenzkontrollen in die Nachbarstaaten reisten, sei das schon so selbstverständlich geworden, dass wir oft kaum wahrnehmen, wie weit Europa schon gediehen sei.

„Europa darf nicht nur in den Köpfen stattfinden sondern in konkreten Taten. Der Anreiz in europäischen Verwaltungen im Ausland zu arbeiten ist bei uns zu gering ausgeprägt. Denn bei einer Rückkehr kann es unfaire Nachteile bei Beförderungen geben“, betont Wehrmeyer.

Zur Finanzkrise sagt Wehrmeyer, dass sie ohne die EU und den Euro noch schlimmere Auswirkungen auf unsere Wirtschaft hätte. Denn der größte Teil der deutschen Exporte geht in andere EU-Staaten.

Zum VW-Gesetz sagt er, es seien die konservativen Politiker, die das Gesetz aufheben wollten. Dabei nehmen auch andere Mitgliedsstaaten erheblichen Einfluss auf die nationalen Automobilkonzerne – so ernannt der Staatspräsident in Frankreich den Aufsichtsrat bei zwei Automobilkonzernen.

Nötig sei auch ein Mindestlohn, der in den jeweiligen Mitgliedsstaaten im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt berechnet werden sollte,

Für die großen Konzerne muss es europäische Betriebsräte geben.

Die EU, die bisher in erster Linie eine Wirtschaftsunion sei, müsse um die soziale Komponente und die gemeinsame Friedenspolitik ergänzt werden.

Veranstaltungen zum Thema Europa mit Matthias Wehrmeyer

Mittwoch, 29. April, 19 Uhr, Schloßstr. 8

„Die Situation der ArbeitnehmerInnen in Europa“

► Podiumsdiskussion mit Hans-Joachim Barchmann, Vorsitzender des DGB in der Region Südost-Niedersachsen

Veranstaltung der Jusos Braunschweig

Mittwoch, 6. Mai, 19 Uhr, Schloßstraße 8

„Was bringt Europa uns für die Zukunft?“

► Diskussion bei einem europäischen Buffet
Veranstalter: SPD-Arbeitskreis Migrationspolitik

Sonntag, 17. Mai

SPD-Europatag im Westen Braunschweigs

► Frühschoppen in Lamme in der Gaststätte „Zum gemütlichen Pattkopp“ von 11 – 13 Uhr,

► anschließend Wanderung von Lamme zum und durch den Westpark von 13 – 15 Uhr,

► zum Abschluss Kinder- und Familienfest bei der AWO Frankfurter Straße von 15 – 18 Uhr.

Veranstalter: SPD-Ortsvereine im Braunschweiger Westen und die Jusos.

Am 7. Juni:

Wählen gehen!



SPD